



Europa ist unsere Zukunft

**Klausurtagung der Mandats- und Funktionsträger
der CDU Baden-Württemberg
20./21. Januar 2017 – Kloster Schöntal**

Europa ist unsere Zukunft

Baden-Württemberg ist ein Land im Herzen Europas. Wir sind stark verflochten mit der europäischen Geschichte und Kultur, mit der europäischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Nach den schmerzhaften Erfahrungen zweier Weltkriege hat das Zusammenwachsen Europas wesentlich dazu beigetragen, dass unser Land seit 71 Jahren in Frieden lebt. Deshalb gehört das Bekenntnis zur Europäischen Idee zu den Grundlagen unserer Politik.

Die deutsch-französische Aussöhnung, die Aussöhnung mit den Herkunftsländern der Vertriebenen, beginnend mit der Charta von Stuttgart, der Aufbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an Bodensee und Oberrhein, die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, der Austausch mit den Staaten und Regionen des Donaumaums und die Mitarbeit an der europäischen Verfassung waren stets wichtige Anliegen und Projekte unseres Landes und der CDU Baden-Württemberg.

Deshalb ist uns in Baden-Württemberg das europäische Einigungswerk ein Herzensanliegen. Wir begreifen Europa als Wertegemeinschaft. Europa stellt sicher, dass wir nach unseren Werten in Frieden und Freiheit leben können und die Würde des Menschen oberstes Leitprinzip ist. Über Jahrhunderte haben die Menschen in Deutschland und Europa für persönliche Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, für Gleichberechtigung und Solidarität gekämpft. Im Kampf um diese Werte haben viele ihr Leben verloren. So kostete der Widerstand beispielsweise Staatspräsident Eugen Bolz, Graf Stauffenberg, Georg Elser oder den Geschwistern Scholl das Leben.

Nach der deutschen Wiedervereinigung gab es viele Befürchtungen, Baden-Württemberg könnte an den Rand Deutschlands gedrängt werden. Durch das Zusammenwachsen Europas bot sich für Baden-Württemberg jedoch die Chance in die Mitte der Europäischen Union zu rücken. Auf dieser Grundlage sind wir heute durch den Fleiß und den Einsatz der Talente aller Bürgerinnen und Bürger des Landes nicht nur geographisches und kulturelles Herzland der Europäischen Union, sondern eine der innovativsten und wohlhabendsten Regionen Europas. Wir wollen diese Position sichern indem wir unsere Verkehrsinfrastruktur europäisch ausrichten und unsere Anstrengungen auf dem Feld der Digitalisierung erhöhen.

Wir wollen gemeinsam mit den Ländern Europas in Frieden und im regen geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch leben und handeln.

Deshalb halten wir die EU, gerade im 60. Jahr der Unterzeichnung der Römischen Verträge, als das größte Friedensprojekt der europäischen Geschichte. Wir wollen die europäische Zusammenarbeit vertiefen, aber wir wollen auch ein Europa der Subsidiarität. Europa muss sich um die großen Fragen kümmern. Was auf der Ebene des Landes oder der Kommunen erledigt werden kann, muss Sache des Landes bleiben. Das Subsidiaritätsprinzip muss noch stärker durchgesetzt werden. Wir sind uns aber bewusst, dass das Subsidiaritätsprinzip auch eine Verpflichtung bedeutet, die eigenen Aufgaben selbst wahrzunehmen. Leider haben wir die aus dem Subsidiaritätsprinzip abgeleitete Verantwortung nicht überall in Europa in den letzten Jahren gesehen.

Dank richtigen und wichtigen Weichenstellungen durch die Politik haben wir in Bund und Land eine stabile und prosperierende wirtschaftliche Lage. In erheblichem Umfang verdanken wir dies aber auch engagierten und mutigen Unternehmerinnen und Unternehmern, die Chancen ergreifen und Mut zum unternehmerischen Risiko täglich beweisen. Ebenso gehört dazu auch eine Arbeitnehmerschaft, die bereit ist, gemeinsame Verantwortung für den Erfolg der Unternehmen durchsetzen.

Und wir wollen offene Märkte. Offene Märkte machen den Frieden sicherer. Deshalb treten wir für einen freien internationalen Welthandel ein. Natürlich wollen wir auch nicht verhehlen, dass es auf beiden Seiten Bedenken gegen ein Freihandelsabkommen gibt, die insbesondere die Themen Arbeitsmarkt, Verbraucherschutz und Qualitätsstandards für Produkte betreffen. Aber bereits heute fließen rund 75 Prozent unserer Industrieproduktion in den Export. Protektionismus schadet dem Wohlstand der Menschen, der Innovationskraft eines Landes und ruft neue Konflikte hervor. Durchdachte Handelsabkommen sind auch und gerade Friedensprojekte. Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird vielfach kritisch gesehen und negative Effekte dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Richtig ist aber auch, dass Armut und Hunger in vielen Teilen auf der Welt deutlich rückläufig sind. Gerade die Regionen, denen eine Integration in den Weltmarkt gelungen ist, konnten Armut erfolgreich bekämpfen. In Ostasien leben heute noch 4 Prozent der Menschen in extremer Armut. Vor 25 Jahren waren es noch mehr als 60 Prozent. Gerade hier zeigen sich die Vorteile der deutlichen Ausweitung des internationalen Handels.

Wirtschaftlicher Austausch ist also keine Bedrohung, die uns den Nährboden unserer wirtschaftlichen Entwicklung entzieht. Im Gegenteil: Globalisierung bedeutet Chancen. Deswegen wollen wir als CDU Baden-Württemberg über die Bedeutung internationaler Zu-

sammenarbeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sprechen und Globalisierung gestalten. Dazu wollen wir im Rahmen der Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation und über regionale und bilaterale Abkommen verbindliche Regeln verabreden. „Globalisierung gestalten“ bedeutet konkret vor allem Marktzugang für unsere kleineren und mittleren Unternehmen zu ermöglichen, die Interessen unserer Arbeitnehmer, Bürger und Verbraucher zu schützen, unsere etablierten und bewährten Standards zu sichern, unsere kulturelle Vielfalt zu stärken und unser überragendes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen abzusichern und auszubauen.

Die NATO hat in einer Welt, die von zahlreichen Konflikten geprägt ist, weiterhin eine entscheidende Rolle. In Zeiten, in denen innere und äußere Sicherheit immer mehr ineinandergreifen und neue Gefahren durch Cyber-Attacken und Cyber-Kriminalität drohen, müssen wir die NATO so umbauen, dass sie auch auf diese Herausforderungen Antworten findet und weiterhin einen zentralen Beitrag für unsere Sicherheit leisten kann. Deutschland, Europa und alle Mitgliedstaaten müssen einen stärkeren Beitrag für die eigene Sicherheit leisten und in der Außen- und Verteidigungspolitik stärker zusammenarbeiten.

Die effiziente Sicherung der Außengrenzen ist eine wichtige Aufgabe, die die EU, Deutschland und andere Mitgliedstaaten jetzt angehen konnten. Die Fluchtbewegung beschäftigt uns, deshalb ist es wichtig, nicht nur die Symptome, sondern die Ursachen zu bekämpfen.

Wir unterstützen den „Marshallplan mit Afrika“ der Bundesregierung. Dieses ist ein Leuchtturmprojekt, das wir uns in Baden-Württemberg zu eigen machen wollen. Gemeinsam müssen wir Europäer mithelfen, damit die Menschen in Afrika eine Zukunft haben. Deshalb wollen wir insbesondere auch den wirtschaftlichen Austausch mit Afrika stärken.

Gemeinsam kann Europa die großen Herausforderungen bewältigen. Am Bau des Hauses Europa wollen wir genauso mitwirken wie an der Weiterentwicklung unseres Landes. Das sind zwei Seiten einer Medaille und unser Weg in die Zukunft.